

gung, wenn die Ausbildung im betreffenden Beruf auch bei einer gesunden Person auswärts stattfinden muss (z.B. bei einem Hochschulstudium) oder wenn es der vP auch möglich oder zumutbar wäre, einen Ausbildungsplatz zu wählen, der keine auswärtige Unterkunft und Verpflegung erfordern würde.

- 3025 Der Grundsatz, dass eine Eingliederungsmassnahme den Erfordernissen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen hat, gilt bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung für den Ausbildungsweg und nicht für das Ausbildungsziel (ZAK 1981 S. 482).

5.2 Sonderfälle

5.2.1 Invaliditätsbedingter Abbruch der Ausbildung (Art. 5 Abs. 3 IVV)

- 3026 Die Kostengegenüberstellung nach Rz 3022 kommt nicht zur Anwendung, wenn eine bereits begonnene Ausbildung invaliditätsbedingt abgebrochen werden muss. In diesem Falle werden die Kosten der neuen Ausbildung mit derjenigen der alten verglichen. Die neue Ausbildung hat den Grundsätzen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen und sollte im Verhältnis zur abgebrochenen Ausbildung gleichwertig sein.

5.2.2 Berufliche Weiterausbildung (Art. 5^{bis} Abs. 1, 2 und 4 IVV)

- 3027 Bei der beruflichen Weiterausbildung werden die zusätzlichen Kosten ermittelt, indem die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person bei der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen. Im Gegensatz zu einer erstmaligen beruflichen Ausbildung handelt es sich aber bei der Weiterausbildung nicht um eine eigentliche Eingliederungsmassnahme, sondern es werden bereits ausgebildete und eingegliederte behinderte Personen den Nichtbehinder-

ten bezüglich der Weiterausbildung gleichgestellt. Es kann deshalb nicht genau die gleiche Regelung gelten, wie bei einer erstmaligen beruflichen Ausbildung.

- 3028 Wie bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung müssen invaliditätsbedingte Mehrkosten von mindestens 400 Franken pro Jahr ausgewiesen sein.
- 3029 Findet die Weiterausbildung invaliditätsbedingt ausserhalb der Wohnregion statt, sind die zusätzlichen Mehrkosten in der Weise zu ermitteln, dass die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person mit gleichem Wohnsitz bei Absolvierung der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen.

Beispiel:

Eine Hochbauzeichnerin mit Körperbehinderung möchte sich, um mit den neuen Technologien Schritt halten zu können, im CAD-Zeichnen ausbilden und entsprechende Kurse besuchen. Da die hierfür in Frage kommende Schule in ihrer Wohnsitzregion Bern nicht rollstuhlgängig ist, muss sie invaliditätsbedingt die Kurse ausserhalb der Wohnregion, namentlich in einer Schule in Freiburg, absolvieren. Der Kostenvergleich wird in diesem Fall mit der identischen Ausbildung einer nichtbehinderten Person aus Bern an der Schule Bern vorgenommen.

- 3030 Ist infolge der Invalidität der vP nur eine Weiterausbildung ausserhalb der Wohnregion möglich, werden zusätzlich die Kosten für die auswärtige Verpflegung und Unterkunft nach den Rz 3047 ff. vergütet.
- 3031 aufgehoben

5.3 Die Vergleichsbasis zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten (Art. 5 Abs. 3 IVV)

5.3.1 Im Allgemeinen

- 3032 Zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten sind auf beiden Seiten der Vergleichsrechnung die anrechenbaren Kosten für die gesamte Ausbildungszeit einzusetzen. Es dürfen nicht nur einzelne Zeitabschnitte verglichen werden. Dauert beispielsweise eine berufliche Grundbildung mit EFZ ohne Invalidität drei Jahre und wird infolge Invalidität ein zusätzliches Lehrjahr notwendig, so sind auf der einen Seite der Vergleichsrechnung die Kosten der dreijährigen und auf der andern Seite diejenigen der vierjährigen Ausbildung einzusetzen.
- 3033 Wählt eine vP für das angestrebte Berufsziel einen zwar geeigneten, aber kostspieligeren Ausbildungsweg als notwendig ist, hat sie für die dadurch entstehenden Mehrkosten selber aufzukommen (z.B. bei einer Ausbildung im kaufmännischen Bereich: der Besuch einer Handelsschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ in der freien Wirtschaft, oder bei einer Ausbildung zur Bekleidungsgestalterin: Besuch einer privaten Textilfachschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ in der freien Wirtschaft).
- 3034 Können die Ausbildungskosten bei Beginn noch nicht zuverlässig geschätzt werden, weil der Umfang der Massnahmen noch nicht feststeht, sind die Kosten schrittweise für überblickbare Perioden zu berechnen, wobei jeweils auch die vorangegangenen Ausbildungsabschnitte in die Vergleichsrechnung einzubeziehen sind.
- 3035 Bei Ausbildungen in der freien Wirtschaft ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine invaliditätsbedingten Mehrkosten entstehen. Einem allfälligen ausgewiesenen invaliditätsbedingten Mehraufwand des Unternehmens hat dieses bei der Festsetzung des Lohnes Rechnung zu tragen, was sich dann auf den Taggeldanspruch der vP auswirkt. Verbleiben dem Betrieb danach ausgewiesenermassen ungedeckte

Mehrkosten, resp. besteht noch kein Anspruch auf ein kleines Taggeld, ist eine Entschädigung durch die IV zu prüfen.

5.3.2 Sonderfälle

- 3036 Hatte die vP vor Eintritt der Invalidität schon eine Ausbildung begonnen, die wegen Invalidität abgebrochen werden musste, und fällt die neue Ausbildung unter Artikel 16 IVG, sind die anrechenbaren Kosten, die bis zur Beendigung der bisherigen Ausbildung noch entstanden wären, mit den anrechenbaren Kosten zu vergleichen, die für die neue von der IV als geeignet betrachtete Ausbildung notwendigerweise entstehen.
- 3037 Wählt die vP ein gegenüber der zunächst begonnenen Ausbildung höheres Berufsziel, so sind nur die Kosten für eine gleichwertige Ausbildung für diesen Kostenvergleich zu berücksichtigen.
- 3038 Sind hingegen Art und Schwere der Behinderung derart gravierend, dass verglichen mit der vor Eintritt der Invalidität begonnenen Ausbildung nur eine anspruchsvollere zu einer adäquaten Erwerbsfähigkeit führen wird, so sind die Kosten dieser Ausbildung in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.
- 3039 Bei der beruflichen Weiterausbildung sind die Kosten nach den Rz 3027 ff. zu ermitteln.

6. Anrechenbare Kosten

(Art. 5 Abs. 4 und 5 sowie Art. 5^{bis} Abs. 3 IVV)

6.1 Im Allgemeinen

- 3040 Als anrechenbare Kosten der Ausbildung gelten Aufwendungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erreichung des geeigneten beruflichen Zieles stehen und bei einer einfachen und zweckmässigen Durchführung der Ausbildung notwendigerweise entstehen.